

Breslauer Zeitung.

Vierteiljähriges Abonnement in Breslau 5 Mark, Wochen-Kreuzer. 50 Pf.,
außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf., Anfertigung für den
Raum einer sechsteiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Erscheinung: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
anstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag
zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 90. Mittag-Ausgabe.

Sechzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonnabend, den 22. Februar 1879.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

58. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 21. Februar.

10 Uhr. Am Ministerische Graf zu Eulenburg und zahlreiche Com-
missarien.

Vor der Tagesordnung erhält Abg. Windthorst (Meppen) das Wort:
Der Präsident des Hauses hat ein Schreiben bekommen, das der verehrte
Herr mir zur Beantwortung übergeben hat. Das Schreiben lautet, wie
folgt: Dem Präsidium des hohen Hauses der Abgeordneten erlauben sich
die hiesigen unterzeichneten Vorstände des „gefalligen Lehrervereins“, des
„Communallehrervereins“ und des „Bezirksverbandes des deutschen Lehrer-
vereins“, sämtlich zu Berlin, folgenden Protest mit der ergebenen Bitte
zu unterbreiten, denselben dem hohen Hause der Abgeordneten zur Kennt-
nis bringen zu wollen. In der Abend Sitzung des Abgeordnetenhauses vom
10. d. M. erklärte der Abg. Windthorst-Meppen bei Gelegenheit der Be-
sprechung des betr. Beschlusses der Regierung zu Oppeln — welche gegen
einen Theil der obersten Lehrerschaft die schwere Anklage des fiktiven
Verfalls erhob — daß in anderen Bezirken der Monarchie ähnliche Zustände
herrschten, und er fügte laut stenographischen Berichtes wörtlich hinzu: „Ich
bin im Stande, Material aus der Provinz Brandenburg, aus der Stadt
der Intelligenz Berlin beizubringen, daß Ihnen die Ohren davon saufen
sollen.“ Insofern diese Worte den Lehrern Berlins einen gleichen, wenn
nicht noch höheren Grad von Entfremdung zum Vorwurf machen, als den
oben gekennzeichneten und insofern dieselben das Vertrauen, welches die
Bevölkerung Berlins zu ihrer Lehrerschaft hegt, durch die Verallgemeinerung
von Vergehen Einzelner mit Notwendigkeit erschüttern müssen, sehen sich
die genannten Vereinsvorstände Namens der von ihnen vertretenen Vereine
veranlaßt, zu erklären: Die Lehrer Berlins können in Bezug auf ihre fiktive
Geltung jeden Vergleich eingeben, sowohl mit der Bevölkerung im
Allgemeinen als auch mit dem Beamtenstande im Besonderen und stehen
dieselben beispielsweise in dieser Beziehung mindestens ebenso hoch wie der
römische Clerus irgend einer Zeit und irgend eines Landes.
Vorstand des gefalligen Lehrervereins. Ewald. Vorstand des Communal-
Lehrervereins. Krampe. Vorstand des Bezirksverbandes des deutschen
Lehrervereins. Eder.“

Ich habe von keinem dieser Vereine, von keinem Mitgliede oder Vor-
stande derselben irgend ein Wort gehört. Ich wäre deshalb an sich be-
rechtigt, auf die Sache gar nicht weiter einzugehen, weil die Herren ad
causam absolut nicht legitimirt sind. Daneben enthält die Erklärung nicht
die Nichtigstellung von Thatsachen, sondern Erörterungen, und man wird
doch nicht weiter gehen können, als die Nichtigstellung von etwa hier auf-
gestellten Thatsachen zuzulassen. Also auch insofern hätte ich an sich gar
keinen Anlaß zu Erklärungen. Bei der hohen Achtung aber, die ich vor
dem Lehrerstand im Allgemeinen habe, und da ich absolut nicht zweifle,
daß diese Vereine, ihre Mitglieder und Vorstände, die denkbare ehrenwer-
testen sind, nehme ich keinen Anstand, Folgendes zu äußern: Ich habe ge-
sagt, daß auch aus Brandenburg und Berlin Material beizubringen wäre.
Die Herren gaben selbst zu, daß Vergehen Einzelner vorgekommen sind, sie
protestirten nur gegen die Verallgemeinerung und gegen die daraus folgen-
den Beschlüsse. Aus meinen Worten aber geht diese Verallgemeinerung ab-
solut nicht hervor; ich habe sie jedenfalls nicht beabsichtigt und nehme keinen
Anstand zu sagen, daß, wenn in meinen Worten irgend welche Verallge-
meinerung dieser Art gefunden werden könnte, ich es bedauern würde, diese
Worte gesagt zu haben; ebenso wenig wie der Lehrerstand des Reichstages
bezugs Oppeln durch jene Regierungsbefugnis in seiner Gesamtheit affi-
cirt wurde, ebenso wenig konnte meine Aeußerung den Berliner Lehrerstand
berührungspunkt. Ich habe vor diesem Lehrerstand große Achtung und nehme
Anlaß, dies hier zu erklären.

Ferner verliest vor der Tagesordnung der Minister Graf zu Eulen-
burg folgende Allerhöchste Befehle: „Wir Wilhelm von Gottes Gnaden,
König von Preußen, haben auf Grund des Art. 77 der Verfassungsurkunde
den Vicepräsidenten des Staatsministeriums Grafen zu Stolberg-Wernigerode
beauftragt, die gegenwärtige Sitzung der beiden Häuser des Landtages
unserer Monarchie am 21. d. M. in unserem Namen zu schließen. Wir
fordern demnach beide Häuser des Landtages hierdurch, zu diesem
Zwecke am gedachten Tage um 1 Uhr in unserem Residenzschloß zu Berlin
zusammenzutreten. Gegeben Berlin, den 20. Februar 1879. Wilhelm.
Gegenzeichnet vom Staatsministerium.“

Als Mitglied der Staatsschuldencommission wird der Abg. v. Bodum-
Dolffs, dessen Mandat abgelaufen war, wiedergewählt, und zwar auf An-
trag des Abg. Windthorst (Meppen) per Acclamation.

Das Haus beschäftigt sich dann noch mit Petitionen; eine dieser
Petitionen, die Verlegung eines Antiquariats betreffend, giebt dem Abg.
Mentken Veranlassung in beinahe 1/2 stündiger Rede die lokalen Verhält-
nisse auf das Detailreichste zu schildern; Redner ist wegen der großen Un-
ruhe des Hauses absolut unverständlich und wird schließlich vom Präsidenten
v. Bennigsen gebeten, seine rein locale Dinge betreffenden Ausführungen
doch nicht allzuweit auszuweihen, da die Unruhe des Hauses beweise, daß
es davon nichts hören wolle. (Sehr richtig!)

Nachdem der Vertreter der Regierung, Kreisgerichtsrath Helf, einige
Aeußerungen des Vorredners in längerer Rede berichtigt hatte, geht das
Haus über die Petition zur Tagesordnung über.

Um 11 1/2 Uhr bricht der Präsident von Bennigsen die Verhandlungen
ab und giebt die übliche Geschäftsübersicht: Das Haus hat vom 19. No-
vember ab mit Ausschluß der Ferien und Sonntage in 67 Tagen 62
Plenarsitzungen, darunter 4 Abendsitzungen als Fortsetzung der Tages-
sitzungen gehalten; es haben 195 Commissions- und 153 Fraktions-
Sitzungen stattgefunden. Außer dem Etat, den Rechnungsvorlagen und
Ueberrichtungen sind 47 Gesetzentwürfe vorgelegt worden, von denen 39 von
beiden Häusern erledigt sind. Außerdem sind neun selbstständige Anträge
von Mitgliedern und zwei Interpellationen eingebracht worden. Von den
883 eingereichten Petitionen sind 58 durch Uebereinstimmung an die Regierung,
126 durch Annahme von Gesetzentwürfen, 22 durch Tagesordnung erledigt;
218 sind als ungeeignet bezeichnet, 276 im Plenum nicht erörtert und 128
überhaupt nicht beraten worden. Vier Mandate sind erledigt.

Abg. v. Bodum-Dolffs spricht dem Präsidenten von Bennigsen für
seine unermüdete, thätigste, unparteiische Führung und Förderung der
Geschäfte des Hauses den innigsten Dank des Hauses aus und statet den
beiden Vicepräsidenten, so wie den übrigen Mitgliedern des Bureaus den
gleichen Dank ab. (Die Mitglieder erheben sich zum Zeichen des Einver-
ständnisses von ihren Plätzen.)

Präsident von Bennigsen dankt in seinem Namen, sowie im Namen
der übrigen Mitglieder des Bureaus herzlich für die wohlwollende Beur-
theilung der Thätigkeit des Vorstandes; diese Thätigkeit sei freilich außer-
ordentlich erleichtert und nur ermöglicht worden durch die bereitwillige und
unbefangene Unterstützung von allen Seiten des Hauses. Er hoffe, daß
basenjahe, was das Haus während der drei anstrengenden Sessionen dieser
Legislaturperiode in hingebender und treuer Arbeit geschaffen habe, auch
gute Früchte trage.

Der Präsident v. Bennigsen bringt dann ein dreimaliges Hoch auf den
Kaiser aus, in welches die Versammlung lebhaft einstimmte.

Schluß 12 Uhr. Herrenhaus. 18. Sitzung vom 21. Februar.

10 Uhr. Am Ministerische: Graf Stolberg und mehrere Com-
missarien.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Gesetzentwurf, betr. die
Rechtsverhältnisse der Studierenden und die Disciplin auf
den Landesuniversitäten, der Akademie zu Münster und dem
Lyceum Hosiann in Braunsberg.

Referent Dr. Weseler beantragt, die Vorlage in der Fassung des Ab-
geordnetenhauses anzunehmen, was auf den Antrag des Herrn v. Simpson-
Georgenburg en bloc geschieht.

Ueber die Petition der Realgemeinde Lehrte, betr. die weitere Ausfüh-
rung der Gemeinheitsheilung und Vertoppelung von Lehrte geht das Haus

auf Antrag des Referenten der Agrarcommission v. Woyrsch zur Tages-
ordnung über.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.
Der Vice-Präsident des Staatsministeriums Graf zu Stolberg-
Wernigerode verliest darauf eine Allerhöchste Befehl, wonach er
beauftragt wird, den Landtag heute 1 Uhr im königlichen Schloß zu
schließen.

Nachdem v. Senfft-Pilsach dem Präsidenten den Dank des Hauses
für die Leitung der Geschäfte ausgesprochen, worin das Haus durch Er-
heben von den Plätzen einstimmig, giebt der Präsident, Herzog von Ratibor,
die übliche Geschäftsübersicht. In 18 Plenar- und 55 Commissionsitzungen
hat das Haus einschließlich 7 Staatsverträge und 43 Gesetzentwürfe
und 57 Petitionen erledigt. Von den an das Haus zuerst gelangten
25 Gesetzentwürfen sind 4 nicht an das Herrenhaus gelangt, und von den
22 Gesetzentwürfen, welche vom Herrenhaus an das Abgeordnetenhaus ge-
langt sind, sind ebenfalls 4 unerledigt geblieben.

Der Präsident dankt dem Hause für dessen rege Theilnahme an den
Geschäften und schließt die Sitzung um 11 Uhr mit einem dreifachen
Hoch auf Seine Majestät den König, in welches das Haus begeistert
einstimmt.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

7. Sitzung vom 21. Februar.

2 1/2 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Fürst Bismarck, v. Bülow, Hof-
mann u. A. Die Tribünen sind überfüllt.

Die erste Verhandlung des Handelsvertrages zwischen Deutsch-
land und Oesterreich-Ungarn wird fortgesetzt.

Reichstagskanzler Fürst v. Bismarck: Ich habe der gestrigen Verhandlung
sehr wegen Behinderung durch anderweitige Geschäfte nicht beiwohnen
können und antworte deshalb heute auf einige Bemerkungen aus der gestri-
gen Discussion, soweit sie mir inzwischen zugänglich geworden sind. Was
die Ausstellung betrifft, die der Abg. Delbrück an dem vorliegenden Ver-
trage machte, daß er nicht auf 3-6 Monate länger abgeschlossen worden
sei, so würde ich die längere Dauer meinerseits sehr gern in den Vertrag
hineingebracht haben, wenn wir ihn allein zu dictiren gehabt hätten; aber
ich glaube nicht, daß wir ohne wesentlichen Zeitverlust mit Oesterreich zu
einer weiteren Verhandlung gekommen wären. Es hat schon Mühle genug
gemacht in der kurzen Zeit, die uns geblieben war, weil Oesterreich in der
Voraussetzung, daß wir gedrängt durch das Bedürfnis des Vertrages uns
fügen würden, bis auf den letzten Moment abwartete. Die Zeit war so
kurz, daß wir schon recht zufrieden waren, diesen Abjuch zu erreichen.
Die Ermächtigung von den gesetzgebenden Gewalten vor Schluß des Reichs-
tages zu erbitten, falls Oesterreich inzwischen geneigt sein sollte, diesen Ver-
trag auf längere Zeit zu bewilligen, liegt in meiner Absicht. Allerdings
müßte ich auch, bevor ich in neue Verhandlungen mit Oesterreich eintrete,
wissen, wie die gesetzgebenden Gewalten sich zu den Reformvorlagen in Be-
zug auf die Zolltarife stellen würden, die augenblicklich für den Bundes-
rath vorbereitet werden. Ich glaube, wir haben Zeit genug, uns die Frage
der Verlängerung dieses Vertrages, falls Oesterreich will, woran ich wenig
Glauben habe, uns immer noch zu überlegen. Ich will dem System der
Handelsverträge im Ganzen nicht entgegenreten; nur ist ein Handelsver-
trag an sich noch nichts, was ich erziehe; es kommt auf den Inhalt an.

Die anscheinend glänzenden Resultate, welche die gegenseitigen Ein- und
Ausfuhrtabellen gewähren, täuschen bei der geographischen Lage Deutsch-
lands sehr, weil wir keine Ursprungsstatistik haben. In unserer Ausfuhr
nach Oesterreich ist, wie der Abg. Delbrück gestern schon sehr richtig be-
merkte, der ganze Transit des westlichen und nordwestlichen Europas durch
Deutschland nach Oesterreich mit einbezogen. In unserer Ausfuhr nach
Belgien und Frankreich, von der der Abg. Richter rühmt, daß sie im Steigen
geblieben wäre, ist der ganze Transit österreichischer und russischer Produkte,
deren Importation wir zum Nachtheil unseres früheren Handels mit Bel-
gien und Frankreich in den analogen Produkten durch unsere Eisenbahn-
tarife wesentlich gefördert haben, mit einbezogen, und ich glaube, eine
Untersuchung würde ergeben, daß bei den Ziffern, die der Abg. Richter für
unseren Transport nach Frankreich, Belgien und Holland anführte, der
Transport für Ausland und Frankreich eine sehr wesentliche Rolle spielt.
Wenn ich mich zu den weiteren Bemerkungen des Abg. Richter wende, so
rechne ich auf die Zustimmung des Hauses, wenn ich von der Tonart, in
der dieser Abgeordnete die Gewohnheit hat, von mir zu sprechen, gänzlich
absehe. Ich glaube, daß es nicht zu meinen amtlichen Pflichten gehört, mit
dem Herrn Abg. Richter in einen Austausch persönlich verlesender Rede-
wendungen einzutreten, und ich bin außerdem in einer 17-jährigen ministre-
riellen Praxis daran gewöhnt, daß sich ein Minister in Deutschland mandes
gefallen zu lassen hat, was in anderen Ländern Sitte und gesellschaftliche
Gewohnheit verbietet. (Beifall rechts.) Ich würde auf diese Seite der
Sache, die mich persönlich betrifft, dem Abg. Richter gar nicht geantwortet
haben, wenn ich nicht einige von ihm angeführte Thatsachen richtig stellen
müßte. Er hat mich in Widerspruch mit mir selber darzustellen versucht,
daß er mir die Verantwortlichkeit für den französischen Vertrag von 1862
zuschrieb, mit dessen Grundrissen meine jetzige Politik in Widerspruch tritt.
Wenn ich in Widerspruch mit mir selber zu treten hätte, so würde ich
es für mein eigenes Ansehen außerordentlich beklagen, wenn ich aber sehe,
daß es im Dienste des Landes notwendig ist, so würde ich keinen Augen-
blick anstehen, den Weg, den ich für irrtümlich erkenne, zurückzugehen,
meinen Irrthum offen einzugehen und entweder Anderen, die es besser
verstehen, Platz zu machen, oder, wenn es von mir verlangt würde, die
Sache besser zu machen als früher. Der Abg. Richter hat die Abtronde
angeführt, für welche ich mit voller Verantwortlichkeit eintrete, und in der
die Thatsache citirt ist, daß der damals inaugurierte Politik praktische Er-
folge nicht zur Seite stehen. Wider kann man sich nicht ausdrücken. Das
kann von anderen Gründen herrühren, aber eine Thatsache ist es. Es fällt
mir aber nicht ein, meine Verantwortlichkeit da, wo ich nur formell ganz
und voll eintrete, voll zu übernehmen, wenn der Weg ein irrtümlicher
war und von dem ich, wenn ich ganz allein die Politik geführt hätte, den
Irrthum bekennen und bitten würde, mir zu helfen, ihn wieder gut zu
machen. Der Abg. Richter hat sorgfältig das Datum des französischen
Handelsvertrages verschwiegen. In der Gesammmlung ist der französische
Handelsvertrag unter dem Datum des 2. August abgeschlossen und, von
meinem Vorgänger, dem Grafen Bernstorff, dem Fürsten Latour, dem Frei-
herrn von Pommer-Esche und dem Herrn Lesebre unterschrieben, publicirt
worden — also vor meiner Zeit. Ich war in dieser Zeit nicht einmal in
Paris Gesandter, sondern in Petersburg. Ich bin, wie auch der Abgeor-
nete Richter nicht bestreitet, erst Ende September überhaupt Minister gewor-
den, und nach den Einrichtungen des preussischen Ministeriums ist es nicht
Verbrauch des auswärtigen Ministers, auch nicht in ganz ruhigen und regulären
Zeiten, von Hause aus sich mit Handelsverträgen zu beschäftigen und Ein-
fluß auf Tarifpositionen zu üben. Diese Tarifpositionen sind jederzeit nach
unseren Traditionen bis auf die letzten Jahre, wo ich sie durchbrochen habe,
die gewesen, daß die inneren technischen Ministerien die Handelsverträge
abschließen, und die thatsächliche Verantwortlichkeit für den französischen Ver-
trag, die übrigens meines Erachtens nicht schwer zu tragen ist, fällt auf den
damaligen Finanzminister v. D. Heydt, für die weitere Durchführung auf den
damaligen Finanzminister v. Bodelschwingh und den damaligen Handels-
minister Graf v. Jheronimus.

Ich selbst habe ja bei meinem Eintritt in den inneren Dienst im Jahre
1862 Ende September eine lediglich politische Aufgabe gehabt, die mir
wenig Zeit ließ, mich um einzelne Positionen eines Tarifs zu kümmern.
Wenn ich aber nach dem Maßstabe dieser Aufgabe meine Stellung zu dem
damaligen Handelsvertrage erwäge, so finde ich, daß ich, als ich Minister
wurde, die Erbchaft übernahm des Kampfes mit Oesterreich um die Hege-
monie in Deutschland auf civilen und friedlichem Gebiete; daneben eine
ziemliche Verstimmlung mit Rußland und die einzige Macht, mit der wir
uns verhältnismäßig politisch gut standen, war Frankreich. In Bezug auf
Rußland brachte ich meinerseits persönlich bessere Traditionen mit und in
der Zeit, als ich ziemlich einsam, — ich kann wohl sagen, einer Welt von

Jorn und Haß gegenüber stand — habe ich mein Ziel nie aus den Augen
verloren, sondern zuerst diese Beziehungen zu Rußland befestigt durch den
Vertrag gegen den polnischen Aufbruch, den die Gesinnungsgenossen des
Abg. Richter damals unter den Namen „Seefischlauge“ auf das Heftigste
bekämpften, wie sie überhaupt durch Paricinahme für die polnische Revolu-
tion, mit der sie wohl jetzt nicht mehr in derselben Beziehung stehen, mir
das Leben nach Möglichkeit schwer machten. Eine zweite Frage war für
mich im Hinblick auf die Aufgabe, aber die ich mir bei Eintritt in den Mi-
nisterialdienst vollständig klar war, die Auseinandersetzung mit Oesterreich
um die Hege monie zu betreiben. Die Beziehung zu Frankreich war günstig,
gerade in Folge dieses Handelsvertrages. Es war vorauszuweisen, daß wir
zur Verfallzeit einen starken Kampf mit Oesterreich haben würden über die
Frage, ob der sogenannte großdeutsche Zollverein eingeführt werden oder
ob es Oesterreich gelingen sollte, unseren preussischen Zollverein zu sprengen,
und zur Vertheidigung unserer Interessen in dieser Frage fand ich diesen
Handelsvertrag als eines der wesentlichsten Werkzeuge vor.

War nun damals, geleht, ich hätte, was mir überhaupt gar nicht ein-
gefallen ist, Tarifpositionen geprüft und mir in Bezug auf die Handels-
und Wirtschaftspolitik eine Stellung beigelegt, und wäre zu der Ueber-
zeugung gekommen, die ich jetzt habe, daß dieser Weg nicht richtig sei, war
damals von mir zu erwarten, daß ich meine ganze politische Aufgabe im
ersten Entfesseln tödten würde, indem ich Frankreich gegenüber einen ein-
fachen Vertragsbruch vornahm? Gewiß nicht! Ich hatte allen Grund, dieses
gute Einvernehmen zu erhalten. Es ist mir das — und nicht am wenigsten
an der Hand dieses Handelsvertrages — nicht bloß in der kurzen Zeit, in
der ich in Paris Gesandter war, persönlich, sondern auch in den recht
schwierigen Zeiten durch die polnische Krisis hindurch, in der Frankreich uns
gegenüber stand, so gelungen, daß wir schon in der dänischen Frage eine
freundliche Haltung von Frankreich aus zur Seite hatten, die den Velleitäten
anderer Mächte, uns den Kampf mit Dänemark allein ausfechten zu lassen,
von Hause aus den Boden entzog. Ja noch mehr, in dem weiteren Kampfe,
der 1865 mit Oesterreich drohte und 1866 ausbrach, wäre ganz gewiß die
Zurückhaltung Frankreichs nicht bis zu dem Standpunkte fortgesetzt worden,
bis zu dem sie sich glücklicher Weise für uns in der That fortgesetzt hat,
wenn ich nicht die Beziehungen zu Frankreich in jeder nur möglichen Weise
gepflegt hätte und dadurch entstand eine wohlwollende Beziehung mit dem
Kaiser Napoleon, der seinerseits lieber mit Preußen Verträge hatte, wie
mit anderen, aber allerdings nicht darauf rechnete, daß der Krieg von 1866
den Verlauf nehmen würde, den er nahm. (Sehr richtig.) Er rechnete darauf,
daß wir gescheit werden würden und daß er uns dann mit Wohlwollen, aber
nicht ganz ohne Entgelt, schützen würde. Aber es ist politisch ein Glück,
daß er bis zu der Schlacht von Sabowa, bis zu der Enttäuung über die
gegenseitige militärische Stärke uns, und namentlich mir persönlich, wohl-
gegnunt blieb.

Der Abg. Richter hat gestern nachzuweisen gesucht, wenn ich es in einem
seiner Tonart mich annähernden Jargon mich ausdrücken wollte, daß ich so
dumm, wie ich mich stelle, doch nicht gewesen wäre (Sehr richtig); denn ich
hätte gleich im Anfang eine Rede gehalten im Herrenhaus, Anfangs October
1863, die offenbar zeigte, daß ich wirtschaftliche Tendenzen schon damals
in diesem Sinne verfolgte. Ich würde stolz darauf sein, wenn ich damals
derartige Tendenzen überhaupt gehabt hätte. Ich muß aber zu meiner
Schande eingestehen, daß ich sie noch nicht hatte. Wenn ich aber zu dem
Herrenhaus sprach in einem Augenblick, wo der Kampf um die Sprengung
des Zollvereins schon im vollen Gange war, und meine Rede doch vor der
gesamten Öffentlichkeit Europas gehalten wurde, wenn ich da die wirt-
schaftliche Frage in den Vordergrund gerängt und gesagt hätte: „Ich kenne
die wirtschaftlichen Angelegenheiten und die Tarifpositionen nicht, indessen
politisch ist mir das Zustandekommen dieses Vertrages höchst erwünscht; ich
mache mir aus dem wirtschaftlichen Wohlergehen unserer Zollvereinsgenossen
gar nichts, wenn ich nur mein Ziel erreiche“, — ja es ist möglich, daß der
Abg. Richter von einem auswärtigen Minister eine solche Sprache erwartet
hat, ich habe mich aber nicht berufen gefühlt, sie zu führen, sondern es war
die natürliche Deduction der Stellung, daß ich von wirtschaftlichen Dingen
sprach, die mir damals sehr fern lagen, und ich glaube gar nicht, daß die
Art, in der ich über diese Dinge zu reden hatte, von mir damals erfunden
und entworfen worden ist, sondern wahrlich ist mir von den technischen
Ministerien, und vermouthlich nicht von ihren Chefs, — denn v. D. Heydt
war nicht mehr, und seinem Nachfolger trane ich eine solche intime Theil-
nahme für sein Ressort nicht zu (Sehr richtig), der Entwurf gegeben und gesagt
worden, in welcher Beziehung die Minister reden möchten.

Ich will nur die Thatsache klarstellen, daß der Abg. Richter aus Allem,
was ich bis zur Herstellung des Norddeutschen Bundes gethan habe, bis
ich Reichstagskanzler wurde, keine Verantwortlichkeit für das System, von dem
ich annehme, daß es sich nicht bewährt hat, für mich ableiten kann. Ich
bin weit davon entfernt, zu bestreiten, daß in der weiteren Zeit die formale
Verantwortlichkeit auf mir — und zwar ganz ausschließlich — lastet. Ich
wäre ja berechtigt gewesen, die Politik, die der damalige Präsident des
Reichstagskanzleramts trieb, zu durchschneiden, wenn ich wirklich überzeugt ge-
wesen wäre, daß sie für unser wirtschaftliches Leben nachtheilig sei. Es
hätte das wahrlich zu einem vorzeitigen Ausscheiden des Herrn Prä-
sidenten aus dem Reichstagskanzleramt geführt, aber meine Verachtung dazu
war ja ganz unzweifelhaft. Wenn ich aber für eine Aufgabe, wie die Con-
solidirung des Deutschen Reiches in seinen ersten Anfängen oder des Nord-
deutschen Bundes als Voract zum Deutschen Reich um die Mitwirkung
eines Staatsmannes von der Bedeutung in seinem Gebiete, wie der Abg.
Delbrück es ist, mich bewarb, und sie erhielt, so brauchen wir uns doch
darüber in kein Silbenstehen einzulassen, und ich bin auch nicht unbeden-
kenlich genug, zu bestreiten, daß ich damit nicht die Präntion verbinden
konnte, daß der Präsident Delbrück die wirtschaftlichen Geschäfte, in denen
er die erste Autorität Deutschlands war, nach meiner Leitung und An-
weisung führen sollte, sondern es war, natürlich cum grano salis, gegeben,
daß ich, wie es auch in der That der Fall war, vertrauensvoll mich seiner
Führung überließ, und ich bin weit entfernt zu sagen, daß ich dieses Ver-
trauen bereue. Die mächtige Fülle, welche die Mitwirkung einer Kraft, wie
der Delbrück's, der ersten Einrichtung des Reiches gewährte, war durch nichts
Anderes zu ersetzen. Wir hatten keinen Mann von seiner Bedeutung. Ich
habe auch meinerseits mich damals in eine Beurtheilung wirtschaftlicher
Fragen nicht eingelassen, sondern die bedeutendsten Leute und Staats-
männer, die mir ihre Hilfe gewähren wollten, zu werben gesucht, um dieses
Wert, was ich unternommen hatte, mit mir in Gemeinschaft durchzuführen.

Es ist ja ganz zweifellos, daß ich mitunter in wirtschaftlichen Fragen
nicht der Ansicht des damaligen Präsidenten gewesen bin, und wenn mir
die Verständigung darüber nicht gelungen ist, so weiß ich nicht, wie die
Fälle sich erledigt haben; ich vermuthet, daß ich in den meisten Fällen nach-
gegeben haben werde, weil ich politisch und an meiner Meinung gern
Opfer brachte, um diese so ungewöhnlich bedeutende Mitwirkung an der
Sache, der ich dienste zu erbalten. Ich bin ein Mann, der an Autoritäten
glaubt, und sich ihnen da, wo ich nicht nothwendig auf mein eigenes Ur-
theil verwiesen bin, unbedingt unterordnet. Wenn ich dem Hof entsprechend,
den ich trage, zu ziehen hätte, und ich hätte das Glück vom Herrn
Feldmarschall Graf Moltke geleitet zu werden, so würde ich mich unbedingt
seiner Führung unterordnen, und erst dann, wenn er sagte: „Jetzt gehe ich
nach Hause“, würde ich sagen: Ja, jetzt bin ich auf mich selber angewiesen,
und muß mir zu meinem Bedauern selbst helfen. Ich weiß nicht, ob ich
nicht damals, als der Präsident Delbrück seine Stellung aufgab, noch weitere
Opfer an meiner Ansicht gebracht hätte, um nicht mir, sondern der Gesammtheit
die Mitwirkung meines Collegen zu erhalten. Ich weiß nicht, in wie
weit die stärker und stärker werdende Erkenntnis des Nothstandes, in dem
wir lebten, mich schließlich genöthigt hätte, dort einen Abjuch zu machen.
Ich habe die Hoffnung, Angesichts der Nothlage, in der sich das Land be-
findet, mich mit meinem früheren Herrn Collegen zu verständigen über eine
neue Form beiderseitiger Mitwirkung, noch vor einem Jahre nicht aufgeben.
Aber, nachdem er mir seine Mitwirkung verweigert hat aus Gründen,
über die er ja selbst Richter ist, so bin ich gezwungen, wenn ich nicht über-
haupt zurücktreten will, was ich ja mehrmals versucht habe, und was mir
aus Gründen, die nicht hierher gehören, nicht gelungen ist, mir eine Mei-

nung über das zu bilden, in dem ich früher der Führung des Abg. Delbrück gefolgt bin.

Das meine Meinung, wenn ich schließlich ganz auf mich selbst gestellt bin, eine andere ist, als die, der ich bis dahin gefolgt war, schäme ich mich in keiner Weise zu bekennen. Ich habe früher die Ansicht nicht ganz geteilt, bin aber der Autorität gefolgt, weil ich nicht glaubte, meine Ansicht durchsetzen zu müssen in allen Dingen, die ich nicht verstehe. Ich bin auch mit allen Einrichtungen der Post nicht einverstanden; da ich aber die Ueberzeugung habe, daß der Generalpostmeister der Sache im Großen und Ganzen mächtig ist und sie jedenfalls besser versteht, als ich, so folge ich seinen Anträgen und würde es ziemlich verwerflich finden, wenn ich dementstet an meiner formalen Verantwortlichkeit dafür angehaftet werden sollte, daß diese oder jene Posteinrichtung sich nicht bewährt hat, und ich sie anders wünschte, als ich damals zugestimmt hätte. Sie haben aus meiner ganzen Darlegung, daß ich weniger das Wort ergreife, um dem Abg. Richter zu antworten, als um, — was mir vielmehr am Herzen liegt, — meiner Stellung zu dem Abg. Delbrück Ausdruck zu geben. Ich weiß nicht, wie weit unsere Meinungen über die Tarifreform auseinandergehen; aber diese Differenzen werden niemals hindern, daß ich der großen Aufgabe, an denen wir gemeinsam und mit Erfolg gearbeitet haben, der mächtigen Unterstützung, die dabei Deutschland dem Abg. Delbrück zu danken hat, jeder Zeit mit Achtung und Wohlwollen gedenke. Ich habe überhaupt nicht die Neigung, sachliche Meinungsverschiedenheiten auf das persönliche Gebiet zu übertragen und bin dem Abg. Delbrück sehr dankbar, wenn er diese Meinungsverschiedenheiten ohne jeden Einfluß auf unsere persönlichen Beziehungen läßt; ich bin auch überzeugt, daß er es thun wird. Ich bin als Kanzler allein gelassen, verständig, meine Meinung zu haben und darnach zu handeln; ich bin aber genöthigt gewesen, den Sachen näher zu treten, ich habe meine Ueberzeugung inzwischen vollständig festgestellt und werde darnach handeln, und wenn ich auch einen sofortigen Erfolg nicht finden sollte, so werde ich denselben Weg den Neuen versuchen, wenn ich in meinem Amte bleibe, was ich ja nicht weiß.

Wenn aber der Abg. Richter, was ich sachlich noch bemerken kann, mir vorgehalten hat, es sei mein Ideal gewesen, den Zolltarif auf ganz wenige Finanzzölle zurückzuführen, so ist das ganz richtig, das ist das sogenannte englische Prinzip. Ich habe es bestritten, aber sagen Sie selbst, meine Herren, habe ich darin bei irgend Jemand Gegenliebe gefunden, ist mir darin irgend Jemand nur irgend einen Finger breit entgegenkommen? Ist nicht der erste Versuch mit dem Tabak (Nus links: Monopol!) — ja, ich bin heute noch für das Tabakmonopol (Bewegung links, Beifall rechts), dieses System einzuleiten, ist der nicht mit einer Unfreundlichkeit aufgenommen worden, die mir ganz neu war, in den Fractionen, mit denen ich früher in Beziehung gestanden habe? Der Minister Camphausen ist darüber zurückgetreten, wie er mir persönlich gesagt hat, ich berufe mich auf sein Zeugnis, wegen der Abschlachtung — so war sein Ausdruck — die hier öffentlich von den Nationalliberalen und der Fortschrittspartei mit ihm vorgenommen sei. Ich wiederhole, daß die Abschlachtung des Fortschritts an einer anderen Stelle, im Landtag glaube ich, wiederholtlich über die Geschichte dieses Rücktritts sich entweder nicht ganz klar gewesen sind, oder nicht das Bedürfnis gehabt haben, daß darüber Klarheit im Publikum herrsche. Ich muß also sagen, daß dieser Versuch von mir ganz ehrlich gemacht worden ist, und daß mein ganzes Bestreben rein auf sachlichem Gebiet eine unfreundliche Ernüchterung gefunden hat, die ich mir eigentlich nur aus politischen Gründen erklären kann. Ich weiß nicht, was man für Motive hat, daß man die wirtschaftlichen Gebiete so mit den politischen combinirt. Die Herren, die genauer mit den Fraktionsgeheimnissen vertraut sind, werden es besser wissen, ich kann nur aus der Distanz urtheilen, und da muß ich allerdings sagen, daß die Geheimnisse in der Presse ganz außerordentlich viel zu dieser Verstimmung beigetragen haben, und ich citire da mit vollem Bewußtsein Zeitungen, die ich seit langen Jahren lese und die eine so achtbare Haltung haben, daß ich eine objectivere Auffassung von ihnen erwartet hätte: die „National-Zeitung“, die „National-Zeitung“.

Es vergeht fast kein Tag in der Socialistenfrage, in der jetzigen Frage, wo ich nicht aus diesen Zeitungen stets von neuem den Eindruck bekomme, daß hinter den Güssen ein Bedürfnis ist, Individualität und Unfrieden zu säen. (Nus: Bauernbriefe!) Darf ich bitten, sich deutlich auszudrücken, ich bin bereit, dem Herrn, der da spricht, zu antworten, nur anonyme Unterbrechungen machen nachher immer einen eigentümlichen Eindruck im stenographischen Bericht; wenn der Name gleich dahinter folgte, würde es weniger ausmachen. (Beifall rechts.) Ich sage es ausdrücklich, weil ich damit den Wunsch verbinde, daß die Herren doch auch ihrerseits einen verständlicheren Ton anschlagen möchten, und nicht dem Bedürfnis, jeden Tag einen sensationellen Zeitungstitel zu liefern, den Forderungen der Parteien opfern möchten. Für mich ist das so; wenn ich das Bedürfnis zu einer ruhigen Verhandlung habe, so lese ich an dem Tage die von mir gehaltene „National-Zeitung“ schon lieber nicht. Genügt hat das der Partei nicht; es sind Maßregeln unter Umständen getroffen worden, wo der letzte Tropfen aus den Leitartikeln dieser Zeitung das Glas überlaufen machte. Vielleicht überschätzt man ihre Wichtigkeit, man darf aber glauben, daß die hervorragenden Leute der bedeutendsten und zahlreichsten Fraction ihre Meinung in diesem Blatte ausdrücken. Wenn das nicht der Fall ist, wenn das nur Bruchtheile sind, nur einzelne leidenschaftliche Charaktere sind, die vielleicht mit dem, was sie schreiben, nicht mehr die volle Bedeutung dessen, was die anderen herauslesen, verbinden, so wäre es wünschenswerth, daß die Fractionen im Interesse des allgemeinen Friedens die Fiction zerstörten, als ob ein Organ dieser Art jeden Tag in der Kriegstrompete, in der Aufregung, in der Verbreitung von diffuser Unruhe und Besorgnis die Meinung einer großen, achtbaren Partei ausdrückt. Ich habe ja in diesen Sachen in und außer dem Hause erleben müssen, daß ein großer Theil der Angriffe, die der Sache gelten sollen, sich gegen meine Person richten.

Es ist nicht mehr, wie noch vor Kurzem auf Seiten anderer Parteien, das Forschen in meinem Privatleben nach irgend einem Stück schmutziger Wäsche, was man aufreiben möchte und nicht findet, die Neigung, um jeden Preis, weil ich an der Spitze des Landes stehe, mir etwas anhängen zu können, eine Neigung, die sich bis in die richterlichen Kreise verbreitet hat, sondern es ist das Bedürfnis, mich als einen dilettantischen, wie man sich ausdrückt, Genialen hinzustellen — ich verstehe den Ausdruck: auf der Unwissenheit würde man wissen, was darauf folgt, wenn man einen „genial“ nennt? — (Heiterkeit.) Aber, nachdem ich mit dem Abg. Delbrück 25 Jahre lang — es war im Jahre 1852, wo wir die ersten gemeinschaftlichen Arbeiten hatten, — an der Vorbereitung und dem Aufbau des Deutschen Reiches gearbeitet habe, ist doch eine Verstimmung, wie sie der Abg. Richter zu bemerken schien, auf meiner Seite wenigstens nicht denkbar. Ich bin, ehe ich überhaupt ins Amt trat, in derselben Weise beurtheilt worden in Bezug auf jede politische Befähigung, wie ich jetzt beurtheilt werde in Bezug auf mein Recht, ich möchte sagen, meine Pflicht, in wirtschaftlichen Dingen mitzureden. Ich erinnere mich, wie ich nach Frankfurt als Bundestagsgeandelter ernannt wurde, kam in den Blättern, die den politischen Freunden des Abgeordneten Richter von damaliger Zeit, vielleicht seinen Vätern und Oheimen, angehörten, die Bemerkung über mich: „Dieser Mensch würde, wenn man ihm das Commando einer Fregatte anvertraute oder eine chirurgische Operation zumuthete, sagen: Nun, ich habe es noch nicht probirt, ich will es einmal versuchen.“ Das war die Schilderung, mit der man mich den dortigen Kollegen in den liberalen Blättern empfahl. Nun, meine Herren, diese chirurgische Operation ist nachher zu Ihrer Befriedigung, wie ich glaube, vollzogen worden. Noch als ich Minister war, stand in den damaligen Blättern die Wendung: „Wie kann man diesem Menschen die erste Stelle in Deutschland anvertrauen?“ Ich weiß nicht, ob ich diese Stelle zur Zufriedenheit verlesen habe, ob der Abgeordnete Richter in seinem abspirenden und wegwerfenden Urtheile über mich von der Mit- und Nachwelt Recht bekommt, oder ob mir zuerkannt wird, daß ich, nachdem ich 17 Jahre lang an der Spitze der gesammten Geschäfte gestanden, auch ein Recht zur Meinung über wirtschaftliche Fragen habe; darüber erwarte ich getrost das Urtheil meiner Mitbürger — ich will von Nachwelt nicht sprechen, das ist mir zu pathetisch. (Beifall rechts.)

Abg. Witte (Kosch): Ein Beweis für das wahrhaft staunenswerthe Urtheil der Thronrede über unsere frühere Handelspolitik ist in der Rede des Reichskanzlers nicht erbracht worden. Ich vom Standpunkt der Praxis aus kann nur constatiren, daß die wirtschaftliche Gesetzgebung jener Jahre gute Erfolge aufzuweisen hat, und selbst die extremsten Schutzzölle haben niemals einen Ausschuss wie den der Thronrede gewagt. Seit 1865 war ein stetiger Fortschritt zu constatiren, und nach dem Rückschlag von 1873 haben die Thronreden in feierlichster Weise die Calamität als eine allgemeine bezeichnet. Von diesem Rückschlag an datiren alle Klagen über die wirtschaftliche Gesetzgebung, aber sie richteten sich immer nur gegen einzelne Theile der Gesetzgebung, nicht gegen das Ganze. Früher ist der Reichskanzler einer künftigen Autorität trotz mannigfacher Differenzen gefolgt, jetzt bildet er sich selbst ein Urtheil auf wirtschaftlichem Gebiete. Ich fürchte, die Verschiedenheit dieses neuen Arbeitsfeldes wird für den Erfolg nicht günstig sein; bei seinen früheren Arbeiten hat der Reichskanzler große Erfolge erzielt, die ihm die Dankbarkeit der Nation für jetzt und alle Zeiten sichern; aber er hat diese Erfolge erzielt durch seine granbische Energie, seine Genialität, seinen Scharfsinn und das Zusammenhängen der Kraft auf

einen Punkt. In wirtschaftlichen Dingen ist aber nichts schädlicher als ein sprunghaftes Vorgehen, sie erfordern eine sorgfältige, oft langweilige Prüfung aller Kleinigkeiten. Eins aber ist bedenklich: nachdem der Reichskanzler lange Jahre hindurch der Leitung eines Mannes gefolgt war, der sich für die Förderung der wirtschaftlichen Gesetzgebung den niemals verlassenden Dank der Nation verdient hat (Beifall), ändert er plötzlich seine Ansicht in so erstaunlicher Weise, daß man meinen sollte, die wirtschaftliche Frage sei ein arithmetisches Cembel, an dem man lange falsch herumgerechnet hat und dessen Lösung man plötzlich über Nacht findet. Das ist nach meiner Ueberzeugung ein bedenklicher Weg.

Der Reichskanzler erklärt nun ferner, der erste Steuer- und Zollreformversuch sei an dem Uebelwollen des Hauses gescheitert, die Nationalliberalen und die Fortschrittspartei hätten den Finanzminister Camphausen abgeschlachtet; ich habe von den damaligen Verhandlungen den Eindruck gehabt, als ob es der Reichskanzler selbst gewesen sei, der diesen ersten Versuch gestiftet hat und zum Scheitern brachte. Ich bin auch für die Reform der indirecten Steuern, auch im Sinne einer Erhöhung derselben, aber darunter verstehe ich keineswegs ein willkürliches Herausgreifen eines einzelnen Gegenstandes, um einen hohen Einnahmeertrag zu erzielen. Der Reichskanzler wird stets bei allen Handlungen von der glühendsten Vaterlandsliebe geleitet, aber wenn etwas die Gefundung unserer Verhältnisse hat zurückhalten können, so ist es sein Auftreten. Der Verkehr bedarf der Sicherheit, aber in welches Gebiet in unserer Gesetzgebung hätte er nicht mit rauer Hand eingegriffen? (Sehr richtig! links. Widerspruch rechts.) Die Erklärung des Reichskanzlers hat allgemeine Unruhe hervorgerufen. Gesetze sind nicht aus der Erde zu stampfen, aber wäre es nicht besser gewesen im Interesse des Landes, wenn man mit solchen beunruhigenden Erklärungen gemartet hätte, bis wenigstens die nothwendigsten Gesetze fertig gestellt waren. (Sehr richtig.) Geradezu entnervend aber mußte die Erklärung der Thronrede wirken, daß die Gesetze an der Calamität Schuld seien. (Niedner führt aus, daß auf der Versammlung der Handelskammern in Berlin sich keine Stimme, selbst nicht aus schützöllnerischen Kammern, für die allgemeine Eingangszollabgabe oder für Getreidezölle erklärt habe.) Wenn es möglich wäre, durch einen Zauber alle Ideale des Reichskanzlers in die Erscheinung treten zu lassen, ich glaube, der Reichskanzler würde sich bei der ihn auszeichnenden Offenheit von seinen eigenen Kindern abwenden und dann der Zollpolitik, wie sie von 1865 ab geleitet worden ist, wieder zuwenden. (Beifall links.)

Reichskanzler Fürst Bismarck: Ich behalte mir vor, dem Vorredner auf seine Rede etwa im April oder Mai zu antworten, wenn die Tarifvorlage und die Schutzzölle zur Verhandlung stehen werden und nicht mehr der österreichische Vertrag. Für heute fürchte ich die Discussion zu verlängern, wenn ich auf diese ganze, sehr umfassende, aber, wie ich glaube, etwas zu früh gehaltene Rede eingehen wollte. (Heiterkeit.) Ich erlaube mir nur zwei Bemerkungen zu zwei Stellen: Erstens klagt der Vorredner auch mich wieder der Genialität und der Sprünge an. Ich muß bestreiten, daß ich der bin, der Sprünge macht; ich schlage bloß die Rückkehr in die altgewohnten Wege von 1823 bis 1865 vor. Wir haben uns von denjenigen 1865 entfernt. Aber ich bin auf dem Wege der tribalen Fortsetzung, die Verträge liegen in der Zeit, die wir bisher durchgemacht haben; die Prosperität liegt in der Zeit vorher. Ich will nicht, daß wir ganz zurückkommen, ich will nur, daß wir uns annähern. So steht es in der Thronrede. Wenn ich den weiteren Beweis dafür heute noch liefern sollte, müßte ich bei der Entfernung von dem vorliegenden Gegenstande auf Ihre Nachsicht ebenso rechnen können, wie der Vorredner. Aber in dem einen Punkte bin ich wirklich sehr neugierig, wenn mich der Vorredner belehren wollte, wie er sich eigentlich eine geheime Gesetzgebung denkt, die wie ein deus ex machina oder eine Minerva aus dem Kopfe ihres Vaters herbor-springt, die in 8 oder 14 Tagen, kurz mit Ja oder Nein, erledigt würde. Glauben Sie, daß die Nation sich so rasch über ein fertiges Gesetz beruhigen würde? Würde sie nicht vielmehr eine solche reine Made ohne Discussion, ohne Vorberathung mit viel größerem Staunen aufnehmen, als die jetzige Art des Procedirens? Wenn der Herr Vorredner mir nicht sagt, wie geheime Gesetze bei uns zu machen sind, dann möchte ich doch bitten, mich mit einem derartigen Rath zu versehen. Ich sehe voraus, daß über diese Dinge ein großer, tiefergehender Kampf der wirtschaftlichen Interessen der Freihändler, der Seefahrer, wie der Herr Vorredner sie betritt, mit den berechtigten Interessen der Industrie, vielleicht auch der Landwirtschaft, stattfinden wird. Das ist ganz unabweislich. Jeder Kampf kündigt sich an durch Artillerie. Um die Leute zu benachrichtigen, ist es auch vielleicht sehr nöthig. Nehmen Sie die Art, wie ich procedirt habe, als Signalfschüsse, aber nicht als einen Kampf. Der Kampf wird uns Jahre hindurch beschäftigen, aber, wie ich hoffe, zum Heil, zum Glück, zur Prosperität unseres Vaterlandes führen. (Beifall.)

Abg. Dr. Löwe: Nicht nur die vergangene, sondern auch die künftige Handelspolitik ist hier in die Discussion gezogen worden. Die geräuschvolle Stabilität in der Wirtschaftspolitik ist nicht mit dem bekannten Briefe des Reichskanzlers, sondern in dem Augenblick gebrochen worden, wo man mit rauer Hand in die Interessen der Eisenindustrie eingriff. Wir sehen uns ja jetzt nach den alten Zollverhältnissen von vor 12 Jahren zurück, wo man ohne die Zustimmung aller Staaten nichts thun konnte. Man kam 1866/67 natürlich dazu, die von einzelnen Staaten gegen den Willen der Mehrheit aufrecht erhaltenen Sätze zu erniedrigen. Sie sagen, die Schutzzölle machten bei jeder Ermäßigung Karm. Haben wir bei den Wahlen 1869/70 nach der großen Reduktion der Eisenzölle irgend eine schützöllnerische Bewegung gehabt? Nein. Die Vertreter der industriellen Kreise Westfalens haben damals im Einverständnis mit ihren Wählern für diese Ermäßigung gestimmt, weil sie nothwendig war. Das Eisen hat sich lange gegen Allianzen, um im Verein mit diesen seine Interessen geltend zu machen aus patriotischem Gefühl, um keine große Störung unserer politischen Parteien und Entwicklung zu veranlassen. Durch das spätere Verhalten des Reichstags und der Regierung ist erst in Betreff der Zolltarife die Unruhe in die Gemüther gekommen. Die Verhältnisse haben sich aber so bedeutend geändert, daß ich der Regierung aus der Verlängerung dieses Vertrages keinen Vorwurf machen kann; sie hat nur zu lange in der Hoffnung auf einen neuen Combinationstarif damit gewartet. Oesterreich hat den Vertrag gekündigt, weil es glaubte, uns Alles bieten zu können. Wir haben nur die Aufrechterhaltung des alten Tarifs gefordert, in dem zu Gunsten Oesterreichs von Gegenseitigkeit für unsere Industrie keine Rede ist.

Ich habe den Eindruck, als ob die Herren glauben, wir hätten den Vertrag um jeden Preis, selbst gegen den höchsten Tarif von österreichischer Seite annehmen müssen, denn sonst sehe ich keinen Grund, den Vertretern des Reiches vorzuwerfen, sie hätten wesentlich dazu mitgewirkt, daß dieser Vertrag nicht zu Stande gekommen ist. Oesterreich hat ihn gekündigt und uns den hohen Tarif gegenübergestellt. Daß man einer so complicirten Regierunngsmaschine gegenüber, wie Oesterreich-Ungarn, wo der Tarif erst durch zwei Parlamente und zwei Ministerien vereinbart werden muß, denselben im Handumdrehen ändern und den Leuten durch einen klugen Commissär beweisen, alle ihre Positionen seien zu hoch gegriffen, ist unmöglich. Die der Industrie nöthige Stabilität war von der Seite gebrochen, die Aufhebung der Eisenzölle beschloßen und trotz aller Remonstrationen aufrecht erhalten. Es sollen sich nun eine Reihe von Handelskammern, darunter auch solche aus Binnenstädten gegen die vom Reichskanzler geplanten Neuerungen erklären, obgleich wir noch nicht wissen, worin diese im Einzelnen bestehen. Warum erwidern die Herren aber nicht, daß in dem Handelsstage die Mehrzahl schützöllnerisch geworden ist, und die Seefahrer ausgegliedert sind, weil sie nicht mehr die Majorität haben? Die Meinung hat sich in dem ganzen commerciellen und industriellen Deutschland allmählich auf diese Art geändert. Man hat nun das Monopol und die Schutzzölle in ihrer extremsten Ausbildung betrachtet und damit beweisen wollen, daß sie socialistisch seien. Nach meiner Meinung hat freilich die Handelspolitik der Reichsregierung und des Reichstags wesentlich zur Ausbreitung des Socialismus beigetragen. (Heiterkeit links; sehr richtig! rechts.)

Der kleine Bürger und Beamte will nicht einen Staat, der allem Elend gegenüber nur Gottes Wasser über Gottes Land laufen läßt, sondern einen solchen, der ihm zu helfen versteht. Die Art der Meinungspropaganda in diesen Kreisen ist solchen Ideen sehr günstig. Aber wenn man jetzt so über das Nichtzustandekommen des Handelsvertrages mit Oesterreich klagt, so muß ich der Reichsregierung doch wieder den Vorwurf machen, daß sie sich erst so spät entschlossen, sich einmal über die Verhältnisse des eigenen Landes vollkommen zu orientiren. Als ich nach langer Abwesenheit zurückkam, sah ich in zwei Momenten große Punkte des Heils und der guten Entwicklung: im Nationalvereine und im volkswirtschaftlichen Congreß. Der letztere beschäftigte sich damals in erster Linie damit, den inneren Verkehr so frei als möglich zu gestalten, die Freiheit der Arbeit und Bewegung vor Allem festzustellen. Wesentlich verändert aber haben sich die Dinge in der öffentlichen Meinung gegen früher, wo beides noch zusammen war: der Verkehr nach Außen und der Verkehr nach Innen — seitdem das eine große Element durch die Gesetzgebung des Reiches ausgeschieden ist. Eine andere Frage ist aber doch noch: obwohl wir alle wissen, daß es mit unserer Statistik nicht weit her ist, werden einem doch schließlich immer die großen Ziffern entgegengeschoben und diese wachsenden Ziffern, die im Verkehr zwischen Deutschland und Oesterreich liegen, werden allein dem bestehenden Handelsvertrage zugeschrieben. — Ich enthalte mich jeder Kritik des Handelsver-

trages; aber kann man ihm denn Alles zuschieben? Nachdem auf jeder Seite einige 1000 Kilometer neue Verkehrsstraßen gewonnen sind, hat durch die gegenseitige Annäherung und die nähere Kenntniß der Quellen, aus denen die Industrie in den verschiedenen Ländern arbeitet, der Verkehr ohne Zweifel am meisten gewonnen. Unsere Industriellen wären sehr gern bereit gewesen, den Markt zu behalten, aber sie mußten sich sagen, daß sie, wenn die Tarife in Oesterreich so in die Höhe gehen, wie der neue Tarif es gethan hat, nicht mehr in der Lage sind, sich überhaupt den Markt zu erhalten.

Nach ein anderes Moment kommt hinzu und zwar eines der wichtigsten. Seitdem der Handelsvertrag geschlossen ist, hatte sich der deutsche Zollverband nicht bloß um alle Provinzen Deutschlands vermehrt — mit Ausnahme der beiden Hansestädte — sondern 1871 ist Elsaß-Lothringen mit einer großen, außerordentlich entwickelten Industrie dazu gekommen. Glauben Sie, daß unsere handelspolitischen Einrichtungen und die Wendung unmittelbar nach dem Eintritt in den Zollverband dazu beigetragen haben, die Leute in Elsaß-Lothringen mit ihrem Kosse zu verfühnen? Wir haben mittelst der Eisenbahnpolitik Zustände geschaffen, daß für den Verkehr mit Deutschland, für den Absatz industrieller Producte von Frankreich nach Deutschland derjenige, der mit seiner Industrie jenseits des Striches geblieben war, sich segnete und sagte: „Gott sei Dank, ich kann doch nun frei nach Deutschland handeln und billigeren Verkehr dahin haben als diejenigen, die in Deutschland sind.“ Ich glaube, die Regierung hat nur eine Pflicht erfüllt, indem sie alles gethan hat, was in ihrer Möglichkeit gewesen ist, um sich so gut wie möglich über den Zustand des Landes zu orientiren. Ich wünsche, daß wir wieder zu einem Vertrage mit Oesterreich kommen, aber wir können es erst dann, wenn wir unsere Stellung selbst ganz festgenommen haben. Ich kann hierbei die Bemerkung nicht unterdrücken, daß ein zu großes Gewicht auf den Veredelungsverkehr gelegt wird und ein zu geringes auf das Kartell. Wir haben bei den freundschaftlichen Beziehungen zu Oesterreich ein großes Interesse, dahin zu wirken, daß die beiderseitigen Tarife nicht allzu große Verschiedenheiten zeigen. Das Kartell aber dient wesentlich dazu, Oesterreich ganz willkürlich seine Positionen ohne Rücksicht auf die deutsche in die Höhe treiben zu lassen und uns dadurch, beiläufig gesagt, die Abschließung des Handelsvertrages unmöglich zu machen. Wir müssen also Oesterreich aus der Täuschung herausnehmen, daß es uns nur den Veredelungsverkehr auszuspielen braucht, um seinerseits immer bei uns das Kartell durchzusetzen. Es ist kaum nöthig zu sagen, daß man für die Annahme des Vertrages ist und ich bin der Meinung, daß die 2. Lesung auch in diesem Hause vorgenommen werden kann. (Beifall.)

Abg. Bamberger: Auf allen Seiten des Hauses herrscht Uebereinstimmung darüber, daß es wünschenswerth ist, mit Oesterreich wieder einen Handelsvertrag mit einem Conventionaltarif zu haben. Ueber die Stellung der verbandenen Regierungen zu dieser Frage herrscht noch einiges Dunkel. Nach der Denkschrift des vorigen Jahres haben wir die Ueberzeugung haben müssen, es liege ihnen daran, wieder einen Conventionaltarif abzuschließen, aber nach der jetzt vorliegenden Denkschrift und den Erklärungen vom Regierungstisch müssen wir annehmen, daß man gar keinen Vertrag erneuern wollte. Also selbst in dieser concreten Frage scheint die Ansicht der Regierungen sich in beständigem Schwanzen zu befinden; denn ich kann doch nicht annehmen, daß sie in der vorjährigen Denkschrift nur aus Rücksicht auf Oesterreich öffentlich ausgesprochen haben, daß sie den Vertrag gern erneuert hätten, während sie innerlich dachten, es sei besser, daß er nicht abgeschlossen würde. Die Frage ist deshalb von Wichtigkeit, weil in officiellen Actenstücken der österreichisch-ungarischen Regierung nach ausgesprochen ist, Deutschland sei allein Schuld an dem Abbrechen dieses Verkehrs. Soffentlich wird es der deutschen Regierung nicht schwer werden, diesen Vorwurf zu widerlegen. Ich selbst vermute, daß beide Regierungen nicht gemollt haben und finde das bei den schützöllnerischen Tendenzen ganz erklärlich; daß die deutsche Regierung jedenfalls den üblen Gang der Vertragsverhandlungen nicht ungern gesehen hat, beweist schon der Umstand, daß die deutschen Delegirten nach Angabe der österreichischen Actenstücke anfangs ganz ohne Instruction waren und die Tarificdiscussionen erst angingen, als die Oesterreicher bereits einen Tarif für ihr Land ausarbeiteten. Allerdings lege ich kein großes Gewicht auf die Authentizität dieser österreichischen Actenstücke; denn sie enthalten auch Behauptungen, die sich später aus ihrer eigenen Zollgesetzgebung widerlegen. Ich komme nun zu einem Punkte, der vielleicht nicht ganz zur Sache gehört, aber von allen Rednern, mit Ausnahme des ersten, berührt worden ist, zu der Frage, die wie ein Alp auf Deutschland lastet: wohin geht die Reise in unserer Zollgesetzgebung?

Der Reichskanzler ist heute auf diese Frage eingegangen. Er hat sich zuerst mit Herrn Delbrück auseinandergesetzt, und ich hoffe, daß dieser noch Gelegenheit finden wird, sich über die heute bemängelten Argumente seiner Rede selbst zu erklären. Die Zahlen die er zum Beweise des wachsenden Verkehrs zwischen Deutschland und Oesterreich angeführt hat, sind zweifelhaft worden und man hat behauptet, daß ja statistische Zahlen überhaupt nichts beweisen. Wenn auch diese Zahlen nicht ganz genau zu extrahiren sind, so beweisen sie befänglich in ihrer Vergleichung unter sich selbst immer. Dazu kommt, daß der Abg. Delbrück die allerniedrigsten Ziffern angegeben hat, die man denkbarweise angeben konnte; er hat die Zahlen unserer deutschen Ausfuhr gegeben und in diesen Zahlen steht zunächst nicht ein Pfund von sämmtlichen Waaren, die als vollständig, als Transit, durch Deutschland gehen. Diese Zahlen sind zudem von allen Sachkennern als zu niedrig angenommen worden, weil sie immer die geringsten Preise des Verkäufers angeben. Was Frankreich betrifft, so hat der Reichskanzler in die Wag-schale geworfen, was etwa aus Rußland durch Deutschland nach Frankreich und Belgien käme. Aber dieser Transport geschieht nicht durch die Eisenbahnen, sondern die von dort kommenden schwersten Artikel, Hanf, Talg, Holz, gehen, wenn die Schifffahrt anfängt, aus den Dscheehen nach Frankreich, nach dem atlantischen Ocean. Das weiß Jeder, der einigermaßen mit diesem Verkehr bekannt ist. Die Ausfuhr unserer Fabrikate selbst nach Frankreich ist in ganz erstaunlichem Maße gewachsen. Aber wollen Sie diese Zahlen nicht gelten lassen, so nehmen Sie doch die des inneren Consums, z. B. den des Eisens. Nach 1865/66 war der Eisen-Consum per Kopf 9.8 und 1871 schon 16 per Kopf. Ebenso war das Ergebnis der Zölle trotz starker Herabsetzung, die unser Zolltarif erhalten hat, von 1865, wo es 42 Sgr. per Kopf der Bevölkerung eintrug, schon im Jahre 1872 auf 76 Sgr. gestiegen.

Das sind Zahlen, die beweisen, daß der Wohlstand der Nation nicht zurückgegangen ist. Kein Mensch wird den Handelsverträgen allein dieses Verdienst vindiciren, aber man soll sie nicht als so schädlich anklagen, daß man die ganze, von Breußen seit 70 Jahren befolgte Politik verlassen muß. Vielleicht mag ein Philologe anders interpretiren, aber nach den vielen vorherigen Erklärungen des Reichskanzlers mußte man den besprochenen Paktus der Thronrede für eine ausdrückliche Verdamnung der bisherigen Politik ansehen. Man mußte dann wenigstens sofort bei der ersten Gelegenheit die Beweise für diese Behauptung bei der Hand haben. Ich war auf die Deutung nicht gefaßt, die der Reichskanzler seiner Wendung in den Anschauungen gegeben hat. Zum ersten Male erfahre ich heute, daß er kein überzeugter Anhänger der bisherigen Handelspolitik sei, und kein Mensch hat davon eine Ahnung gehabt. Der Reichskanzler hat noch am 16. März 1877 ausdrücklich erklärt, daß er keine Steuern auf nothwendige Bedürfnisse haben wolle. (Hört!) Wie können wir dann darauf vorbereitet sein, daß er sich 1878 für Getreide- und Viehzölle erklären wird? Der Reichskanzler sagt, er habe noch im Jahre 1877 oder 78 den Herrn Delbrück aufgefordert, in das Ministerium einzutreten, derselbe habe es aber abgelehnt und deshalb habe er sich zu einer anderen Politik entschlossen. Da es nicht Delbrück sein konnte, mußte es Barnbiller sein. (Heiterkeit.) Diese Art, Volkswirtschaft zu treiben, vermag ich nicht zu würdigen. Der Reichskanzler sagt, wir hätten ihm nicht den Versuch gegönnt, mit dem sogenannten englischen System vorzugehen; weil wir ihr nicht erlaubt hätten, das Tabakmonopol einzuführen, deshalb sei er zur Schutzollpolitik übergegangen. Ich bin als Freihändler principieell gar kein Gegner des Tabakmonopols, ein Schutzöllner kann es gar nicht wollen. Diese wollen die „nationale Arbeit“, nicht die Producte vermehren. Ich würde der Regierung unter Umständen wohl das Tabakmonopol gewähren; nur habe ich bei ihren fortwährenden Improvisationen und ihrem wahren Heißhunger nach glänzenden Resultaten nicht das Vertrauen, daß sie eine so schwierige Aufgabe, wie das Tabakmonopol, durchführen könne.

Ich begreife, daß Richter als tertius gaudens über meine Partei sich die Hände reibt, weil mir immer der Autorität des Reichskanzlers unbedingt vertraut haben und jetzt eingestehen müssen, daß seine Wirtschaftspolitik für das deutsche Volk verhängnisvoll gewesen ist; und nun wirkt man uns vor, daß wir in einer Sache, in der wir doch aus rein sachlichen Gründen von dem Fürsten Bismarck abweichen, den Minister in frivoler Weise verkehrten, weil dies in Deutschland so Mode sei. Wir haben immer gewußt, daß wir es einst im liberalen Interesse bereuen könnten, dem Reichskanzler immer zur Seite gestanden zu haben; ich habe ihn nie für liberal oder nationalliberal gehalten, aber ich glaube nie in wirtschaftlichen Dingen auf andern Boden stehen zu können, wie er. Wir kämpfen seit 1866 unter der Fahne des Freihandels mit Bismarck gegen seine jetzigen Freunde und glaubten nicht, daß er je seinen glänzenden Namen als Schild für den alten verrotteten Pöbel des Schutzzolls hergeben

würde (Heiterkeit). Nicht das Abschließen Lesters hat Camphausen gestiftet. Glauben Sie, daß er noch Minister sein könnte, wenn Balle auf Robeisen, Vieh und Getreide gelegt würden? Wir wissen sehr gut, daß der Minister Camphausen nur nicht früh genug gegangen ist. (Auf: Sehr wahr! Heiterkeit.) Es giebt eine andere Art, früher und besser zu gehen, als es Minister Camphausen gethan hat. Es würde mir leid thun, etwas gegen denselben zu sagen, denn er hat meine volle Sympathie, weil er nicht wegen begangener Fehler, sondern wegen seiner Vorsehung gestürzt worden ist. Schließlich wird die nationalliberale Presse herangezogen.

Sätze der Reichstanzler die „Norddeutsche Allgemeine“ und die „Post“ so regelmäßig gelesen, wie er es von der „Nationalzeitung“ erklärt hat, so würde er wissen, daß eine unendliche Geduld dazu gehört, um alle die Angriffe zu lesen, welche gegen diejenigen geschleudert werden, die noch heute der Politik treu geblieben, welche sie seit 12 Jahren mit dem Reichstanzler gewandelt waren. Aber daß wir uns nicht sofort nach dem ersten Briefe an Herrn v. Barmbiller befehren und unsere wirtschaftliche Ueberzeugung verleugnen haben, daß wir uns zu einem solchen Verrath hinaufgesteigert, daß diesen beiden Blättern Beilagen zugefügt wurden, in denen die Geschichte der Bestechung deutscher Ehrenmänner durch englische Ehrenmänner im Interesse des Freihandels als Thatsache constatirt wurde, — gleich ehrenvoll für den Tact, mit dem diese Zeitungen sowohl das englische wie das deutsche Parlament zu behandeln verstanden, — daß eine Antwort auf solche Fragen nicht gegeben wird, versteht sich von selbst. Der Reichstanzler hat sich beklagt, daß er „genial“ genannt wird; wenn er etwa von Dingen gesprochen hat, die in der „Nat.-Ztg.“ gestanden haben, so benutze ich die Gelegenheit, um zu sagen, daß ich persönlich nicht in die Desfinitivität trete, ohne meinen Namen, daß ich seit langer Zeit nicht Mitarbeiter der „Nat.-Z.“ gewesen bin und daß ich besonders bei diesen Fragen nicht in der „Nationalzeitung“ mitarbeiten wollte, weil sie in denselben dem Fürsten Bismarck zu wenig Opposition macht. Ich habe beständig mit dem Redacteur Dernburg etwas geschmollt, weil er viel zu vorsichtig und ängstlich war, herauszulehren, daß die wirtschaftliche Politik des Reichstanzlers geeignet sei, Deutschland zum größten Unheil zu gereichen. Nicht wir haben das Wort „Genialität“ ironisch in den Kampf hineingeworfen. Trotz aller Irrungen der wirtschaftlichen Politik des Reichstanzlers ist das, was er für Deutschland gethan, zu tief in unser Herz gegraben, als daß wir diese Wendung von Ironie gegen ihn gebrauchen könnten. (Sehr gut!)

Diese Worte sind uns entgegengeflüchelt worden und waren allerdings geeignet, widerlegt zu werden, weil Genialität in Wirtschaftssachen das allerbedeutendste Element ist. Was schon im Privatleben nicht rathsam, mit Genialität zu procediren, so noch viel mehr im öffentlichen Leben. Was eine Nation in langen Jahren des Fleißes angestammelt hat, das kann durch plötzliche Eingebungen einer Combination rasch verloren und in Wagnisse hineingeschleudert werden. Keine Politik hat die Welt gemacht, wie sie sich nährt, wie sie weht und lebt. Die wirtschaftlichen Bedingungen liegen in der Freiheit der Menschen selbst, in ihrer eigenen Thätigkeit, können durch gentile Combinationen nicht gegeben werden, und gerade das hat uns gegenüber der jetzt vom Reichstanzler inaugurierten Politik so außerordentlich fopisch gemacht, daß sie allerdings mit einer Art von Offenbarungsweisheit aufgetreten ist, die ganz der Art und Weise ähnlich steht, mit der ungewohnte Finanzprojecte ohne jede Erklärung in die Welt gesetzt werden. Es wäre im höchsten Grade wichtig für jedes Gewerbe, vom größten bis zum kleinsten, daß wir das Programm des Kanzlers endlich einmal kennen und daß man nicht alle Anstrengungen macht, um uns möglichst geheim zu halten, wohin die Reise geht. (Sehr richtig!) Warum sind z. B. die Protokolle der Eisenenquete, die seit zwei Monaten gedruckt in 1400 Exemplaren eingeschlagen auf dem Boden der Druderei liegen (hörl! hörl!) nicht an uns vertheilt worden?

Ich habe mich an den Präsidenten des Reichstanzleramts mit der Bitte gewendet, er möge mir von den bereits fertig gestellten Exemplaren einige zu meiner Information zukommen lassen, diese Bitte ist mir in einem sehr höflichen Schreiben abgelehnt worden; das sieht in der That so aus, als sollten wir überrollt werden. Das ist es, worüber wir uns beschweren. Ich würde die schlimmste schützjöllnerische Theorie, wenn sie consequent und fertig durchgeführt wird, vorlegen würde, gelten lassen, aber fast jede Woche bringt ja eine neue schützjöllnerische Theorie. Ich will mit dem Reichstanzler nicht darüber streiten, wie weit er mit der früheren Handelspolitik des Deutschen Reiches einverstanden gewesen ist, ich kenne aber noch eine andere Autorität als die des Reichstanzlers auf diesem Gebiete: das ist die preussische Ueberlieferung seit 70 Jahren. Es ist eine wahre Erfrischung, wenn man inmitten des jehigen Wirrwarrs zu der Lectüre der Erlasse und Staatsraths-Verordnungen aus den Jahren 1802—1818 zurückgreift, jenes ersten Schreibens, welches Friedrich Wilhelm III. an seinen Minister Strunsee erließ. Wenn wir zu dieser Politik stehen, so wird man uns nicht der Treulosigkeit gegen unsere Gesinnungen oder gegen das Vaterland zeihen können. Der Abg. Delbrück, der jetzt eine Fierde des Reichstages ist, wie er früher ein Glüd und eine Fierde der Regierung war, ist nicht als die lebendige Ueberlieferung der Politik, unter der Preußen groß und zum Führer Deutschlands geworden ist. (Beifall.)

Reichstanzleramts-Präsident Hofmann: Der Vorredner hat gegen die Regierung den schweren Vorwurf erhoben, daß es ihr nicht ernst damit gewesen sei, einen Tarifvertrag abzuschließen. Aus der dem Reichstage in voriger Session vorgelegten Denkschrift kann er einen solchen Vorwurf nicht ableiten. Unsere Unterhändler in Wien hatten die Instruction, den 1868 begründeten Vertrag aufrecht zu erhalten. Daß dieses Streben großen Schwierigkeiten begegnen würde, war leicht zu denken, wenn man bedenkt, wie in Oesterreich die schützjöllnerische Strömung die Oberhand gewonnen hatte. Monatelang dauerten die Unterhandlungen in dieser Richtung, und man kann gegen die Regierung nicht den Vorwurf erheben, daß sie die deutschen Interessen nicht gewahrt habe und illoval gegen Oesterreich verfahren sei. Die Schwierigkeiten lagen in den schützjöllnerischen Strömungen in Oesterreich und auch darin, daß Oesterreich kein erhebliches Interesse hatte, einen Vertrag zu schließen, weil unser Tarif ihm Alles gewährte, was es nur fordern konnte. Wir waren also vollständig wehrlos gegenüber dem geharnischten Manne. Im October 1877 gingen die Verhandlungen zu Ende und im December 1877 wurde der österreichische autonome Tarif in dem österreichischen Parlamente vorgelegt. Da haben wir dem Reichstage gesagt, auf dieser Grundlage können wir mit gutem Gewissen einen Tarifvertrag nicht abschließen; im Reichstage erhob sich dagegen kein Widerspruch, also glaubten wir ein Einverständnis voraussetzen zu können. Da ein Tarifvertrag nicht abgeschlossen werden konnte, mußten wir unsere Autonomie mehren, und das ist ein Vorzug dieses Vertrages. Hoffentlich werden wir von dieser Autonomie im Interesse der gesamten Nation Gebrauch machen. (Beifall rechts.)

Nach diesem Vortrage wird die Debatte bis morgen vertagt. Aus der Reihe der persönlichen Bemerkungen heben wir hervor, daß Richter seine günstige Auffassung von dem älteren wirtschaftlichen Programm des Reichstanzlers zu seiner Uebergrasung durch die Erklärung desselben verurtheilt, er habe früher gar kein Programm gehabt. An der Abschließung Camphausen's will Richter nicht theilgenommen haben, sondern nur an der des Tabaksmonopols, die leider nicht so gründlich war, wie sie es verdient hätte. Bamberger vernahmt sich dagegen, den Vorwurf der Illovalität gegen die Reichsregierung erhoben, ja das Wort auch nur in den Mund genommen zu haben. Endlich bemerkt Abg. Dernburg: Mein verehrter Freund Bamberger hat erklärt, wegen meiner Haltung manchmal geschmollt zu haben, von einer anderen Seite habe ich einen Ton vernommen, den ich schon nicht mehr als Schmolle bezeichnen kann. Ich überlasse es Jedem, die Diagonale zwischen diesen beiden Tönen zu ziehen. Ich erwidere aber Herrn Bamberger, wie der anderen Seite: Machen Sie gute Zollpolitik, so will ich auch für gute Leiter sorgen. (Heiterkeit.)

Schluß 5¼ Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr.

Berlin, 21. Febr. [Amtliche.] Se. Majestät der König hat den außerordentlichen Professor Dr. Albert Stimming in Kiel zum ordentlichen Professor in der philosophischen Facultät der dortigen Universität, sowie den bisherigen Oberlehrer am Kaiser-Wilhelms-Gymnasium zu Hannover, Professor Dr. Wachsmuth, zum Gymnasial-Director ernannt und dem Künstler Thiersfeld, genannt Stephan Roman, zu Wien das Prädicat eines königlichen Hof-Künstlers verliehen.

Dem Gymnasial-Director, Prof. Dr. Wachsmuth, ist die Direction des Kaiser-Wilhelms-Gymnasium zu Hannover übertragen worden. Der frühere ordentliche Lehrer an der Realschule zu Straßburg i. E. Wilhelm Herrmann ist zum kaiserlichen Kreisinspector in Eläß ernannt worden.

Dem Herrn Emil Meyer in Elberfeld ist Namens des Reichs das Equatur als Consular-Agent der Vereinigten Staaten von Amerika daselbst ertheilt worden.

Berlin, 21. Febr. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahm heute die Vorträge des Polizei-Präsidenten von Madai, des General-Intendanten der königlichen Schauspiele von Hilfen und des Ministers des königlichen Hauses, Freiherrn von Schleinitz, entgegen und empfing eine Deputation aus Hadersleben, so wie demnächst den Landrath von Jagow.

[Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] ertheilte gestern Mittag um 12 Uhr dem Herrn vom Rath und demnachst dem Geheimen Ober-Regierungs-Rath Dr. von Löper Audienz. Um 2 Uhr stattete derselbe dem Erbgroßherzog von Baden einen Besuch ab.

In dem Palais Ihrer Kaiserlichen und königlichen Majestäten fand gestern Abend eine Ballgesellschaft statt, zu welcher zahlreiche Einladungen ergangen waren. Ihre Kaiserlichen Majestäten begrüßten zunächst im Ballonsaale die Damen und Herren des Corps diplomatique, sowie die General-Feldmarschälle und Fürstlichkeiten, welche sich darauf durch den Wintergarten nach dem Ruppelsaale begaben und machten im Malachitzimmer und dem blauen Esalon Cercle. Nachdem Ihre Kaiserlichen Majestäten den Ruppelsaal, woselbst sich die tanzenden Damen und Herren versammelt hatten, betreten hatten, begann der Ball. Ihre Majestät die Kaiserin-Königin nahm auf dem Thronesself Platz, zu dessen Rechten die Damen des diplomatischen Corps, zur Linken die Fürstinnen und Excellenzen-Damen Aufstellung genommen hatten. Se. Majestät der Kaiser und König, welcher in der Uniform des 1. Garde-Regiments z. F. erschienen war, verkehrte in der Gesellschaft. (N.-Anz.)

Berlin, 21. Febr. [Fürst Bismarck's erste Rede im Reichstage.] Das ernste Kampfspiel um die Zoll- und Steuerfragen hat seit zwei Tagen in der Arena des Reichstages begonnen. Es ist selbstverständlich, daß das Interesse des zweiten Debattentages in den Reden culminirte, welche der Reichstanzler hielt, trotzdem er weniger zur Sache selbst, dem deutsch-österreichischen Handelsvertrage, als in Apocrys über persönliche und theilweise auch abseits liegende Angelegenheiten sprach. Der allgemeine Eindruck der ersten Rede war der, als wolle er sich vor dem Lande entschuldigen, daß er den Weg zurückgehe, den er als Irrweg erkannt habe. Dieses freimüthige Geständniß verbunden mit jenem, daß er sich in früherer Zeit um Wirtschaftssachen nicht in ausgedehntem Maße kümmern konnte, weil es an Zeit dazu gebrach, wurde wie vieles andere, was an historische Reminiscenzen mahnte, im Hause mit Stillschweigen aufgenommen. Lebhafter Eindruck rief seine Polemik gegen den Abg. Richter hervor, der er dadurch einen Gegenstoß schuf, daß er den Verdiensten Delbrück's die wärmste Anerkennung angedeihen ließ, während er betonte, dem Abg. Richter nicht antworten zu wollen. Allerdings wurde der Kanzler diesem Vorhaben untreu und kam wiederholt auf die Pointen der gestrigen Rede dieses Abgeordneten zurück. Eine merkbare Bewegung rief in den Reihen der Liberalen das Selbstbewußtsein hervor, mit welchem der Kanzler betonte, „er sei nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, nach seiner Meinung zu handeln und werde es auch thun.“ Es ging dies Hand in Hand mit dem Appell an die Nationalliberalen und Fortschrittler, einen versöhnlichen Ton anzuschlagen und mit einer einschneidenden Kritik der feindseligen Haltung, welche die „Nationalzeitung“ und „Kölnische Zeitung“ gegen seine Wirtschaftspolitik eingeschlagen haben. Aus den Angriffen des Reichstanzlers gegen die „Nat.-Ztg.“ ging hervor, daß auch er dem courstrenden Gerüchte Glauben schenkt, als gehöre der Abgeordnete Laster zu den Verfassern jener Leitartikel dieses Blattes, die ihm nicht gefallen. Wir glauben auf Grund verlässlicher Informationen jenes Gerücht dementiren zu können. Uebrigens herrscht in den Reihen der national-liberalen Partei des Reichstages kein Zweifel, daß die gegen die „Nat.-Z.“ und „Köln. Z.“ erhobenen Vorwürfe die Fraction selbst treffen sollten. Mehrere Ausführungen des Reichstanzlers über Fraktionsgeheimnisse, Exereien, Vorgänge hinter den Coulissen u. legten dafür den Beweis ab. In einer Stelle der ersten Rede des Reichstanzlers deutete derselbe ziemlich unvorhersehen die Gründe an, welche zwingend für den Appell an die Nation sind. Außerdem machte der Reichstanzler in Folge eines Zurufs von der Linken, der wie „Bauernbriefe“ klang, kein Hehl daraus, daß er für das Tabaksmonopol sei, was selbstverständlich auf der Rechten mit Bravo begrüßt wurde. Endlich legte er klar dar, daß es sich um einen tiefgreifenden Kampf zwischen den Seefahrten einerseits und der Industrie und Landwirtschaft andererseits handle. Der Consumenten erwähnte der Reichstanzler nicht. Jedenfalls hat der heutige Tag die Parteien engagirt und in allen politischen Kreisen der Hauptstadt sieht man der weiteren Entwicklung des Kampfes mit großer Spannung entgegen.

Berlin, 21. Febr. [Zum Landtagschlusse. — Die Veränderungen im Justizpersonal.] Officiös wird geschrieben: Der Schluß des Landtags ist heute durch den Grafen Stolberg im weißen Saal vollzogen worden. Die in heutigen Morgenblättern auftretenden Zweifel, ob der Kaiser selbst den Schluß verkündigen werde, entbehrten allen Grundes, da der Kaiser nach soeben vollzogener Reichstagsöffnung nicht sogleich wieder zum zweiten Male sich einer ähnlichen Anstrengung unterziehen durfte. Allerdings würde es dem Kaiser nur erwünscht gewesen sein, dem Landtage die in der Schlußrede ausgedrückte Anerkennung für die Ergebnisse der Session auszusprechen zu können; es geht durch die Schlußrede auf Grund dieser Anerkennung ein warmer Ton und ein Ausdruck der Befriedigung namentlich über die beiden Hauptresultate, über den Abschluß der Justizgesetze und über die gelungene Verfländigung in Betreff der Behandlung etwaiger Reichsübergriffe. Doch fehlt auch nicht der Hinweis auf die Haltung der Regierung gegenüber den Aufträgen im Reichstage. — Der Passus der heutigen Schlußrede des Landtags, daß die mannigfachen unvermeidlichen Schwierigkeiten, mit welchen der Uebergang in die neuen Verhältnisse für den Richterstand verknüpft seien, durch thunlichste Rücksichtnahme sollen gemildert werden, ist der Ausdruck der Fürsorge im Justizministerium für die möglichst schonende Behandlung der Personalfrage. Es sei hierbei erwähnt, daß die Ankündigung der „Frankfurter Zeitung“, wonach bis zum 1. April alle Personalveränderungen publicirt sein sollen, sich in dieser Weise schwerlich erfüllen lassen wird, da die definitive Feststellung des Etats für das Reichsgericht jedenfalls noch einige Zeit auf sich warten lassen wird. Die Ernennungen können aber doch nicht eher formell vollzogen werden, als bis der Etat genehmigt und publicirt ist. Was man zu erreichen hoffen kann, ist nur allen Beamten, denen eine Veränderung ihres Wohnsitzes bevorsteht, die Mittheilung davon vorher vertraulich zu machen.

[Provinziallandtage.] Der König hat die Zusammenberufung des Provinziallandtages der Provinz Brandenburg zum 9ten März d. J. nach der Stadt Berlin, des Provinziallandtages der Provinz Ostpreußen zum 11. März d. J. nach der Stadt Königsberg Ostpr. und des Communal-Landtages des Regierungsbezirks Wiesbaden zum 10. März d. J. nach der Stadt Wiesbaden genehmigt, sowie den Regierungs-Präsidenten von Wurm zu Wiesbaden zum Stellvertreter des Ober-Präsidenten Freiherrn von Ende zu Kassel als königlichen Commissarius, den Kammerherren und Schloßhauptmann Grafen von Matuschka-Greifencloau auf Volltraths zum Vorsitzenden und den Amtmann Hof-Gerichtsrath Schellenberg in Höchst zum Stellvertreter des Vorsitzenden für den erwähnten Communal-Landtag ernannt.

[Verbote auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oct. 1878.] Die Nummern 12 und 13 der von der Vereins-Buchdruckerei zu Göttingen

Zürich herausgegebenen periodischen Zeitschrift: „Der Staatsbürger“ vom 8. resp. 12. Februar.

Rußland.

Petersburg, 16. Februar. [Das Friedens-Manifest des Czaren.] Der Czar hat folgendes Manifest erlassen:

„Von Gottes Gnaden Wir, Alexander II., Kaiser und Selbstherrscher aller Rußen, König von Polen, Großfürst von Finnland u. s. w., u. s. w., u. s. w., thun unsern treuen Unterthanen kund:

Am 27. Januar hat unser Vorfahrer in Konstantinopel mit unserer Einwilligung den definitiven Friedensvertrag mit der ottomanischen Pforte abgeschlossen und am heutigen Tage haben wir denselben bestätigt. In Folge dessen haben wir unsern auf der Balkan-Halbinsel befindlichen Truppen befohlen, nach Rußland zurückzulehren und lassen in Bulgarien und in Ost-Rumelien in Uebereinstimmung mit den Stipulationen des Berliner Vertrages nur zeitweilig ein Occupations-Corps zur Sicherung der neuen Ordnung, welche dort eingeführt wird. Allen unsern loyalen Unterthanen sind aus unserm Manifest vom 12. April 1877 die Gründe bekannt, welche uns bewogen, im tiefen Bewußtsein der Gerechtigkeit der von uns unternommenen Sache, im unerschütterlichen Vertrauen zu dem Muth und unserm siegreichen Heeres und in demüthigem Vertrauen auf die Barmherzigkeit Gottes die Waffen zu ergreifen. Daß dem Allerhöchsten entbete der harten Kampfe mit einer Reihe glänzender Kriegsthaten, die unsere Waffen mit neuem unverwundlichen Ruhm bedeckten, und mit der Erlangung weislicher Resultate hinsichtlich der so begehrten Verbesserung des Lebens der christlichen Bevölkerung in der Türkei. Die Feldthaten unserer ruhmvollen Truppen in Europa und in Asien, der Donau-Uebergang, die heldenmüthige Vertheidigung des Schipka und Bajazids, die Gefangennahme der türkischen Armee, die Einnahme von Kars, der Balkan-Uebergang und endlich das siegreiche Vorrücken von Sophia nach Philippopol und Adrianopel während der rauhesten Winterzeit werden unaussprechbare Seiten in den Krieges-Annalen der ganzen Welt bleiben. Das rasche Vordringen unserer Truppen auf Konstantinopel nöthigte darauf die türkische Regierung, uns den Abschluß eines Waffenstillstandes und die Feststellung der Friedensbedingungen vorzuschlagen. Diese von uns festgesetzten Präliminar-Bedingungen nahm die Pforte an. Der Präliminar-Vertrag von San Stefano erforderte in Bezug auf unsere internationalen Verbindlichkeiten gegenüber den anderen Großmächten eine allgemeine Uebereinstimmung hinsichtlich einiger Artikel. Zur Erreichung dessen, zur Vermeidung neuer Konflikte und in dem beständigen Wunsch, dem Blutvergießen und allen Nothen des Krieges, die auf unserm geliebten Vaterlande lasteten, ein Ziel zu setzen, haben wir unsere Einwilligung zur Berufung eines Congresses aus Vertretern aller Großmächte nach Berlin befohlen. Der Artikel des Präliminar-Vertrages von San Stefano, welche allgemeine Uebereinstimmung erfordern, gegeben. Zum Beweis unseres aufrichtigen Wunsches, den Frieden zu erlangen, und die Stipulationen des Berliner Congresses als übereinstimmend mit dem von uns verfolgten Ziel, das Leben der Christen auf der Balkan-Halbinsel zu verbessern, anerkennend, haben wir es für gut befunden, dem dem Congress abgeordneten internationalen Tractat zu bestätigen und ihn dem nun definitiv abgeschlossenen Friedensvertrag mit der ottomanischen Pforte zu Grunde zu legen. Von nun an ist von Allen die volle Unabhängigkeit Rumaniens, Serbiens und Montenegros anerkannt und die Herrschaft dieser Fürstenthümer ist erweitert worden. Nord-Bulgarien ist zu einem selbstständigen Fürstenthum erhoben, die dort gelegenen türkischen Festungen werden geschleift werden; ein großer Theil von Süd-Bulgarien hat unter dem Namen „Ost-Rumelien“ die Autonomie unter einem christlichen Gouverneur erhalten; die Türkei hat sich verpflichtet, ihren übrigen Gebieten in Europa neue administrative Institutionen zu schenken; der durch den Pariser Vertrag vom Jahre 1856 von Rußland abgetrennte Theil von Mesopotamien ist Rußland zurückgegeben worden. Unsere Besitzungen in der asiatischen Türkei sind durch die Vereinigung von Kars, Ardahan und Batum und der anliegenden Territorien erweitert worden. Das sind die Resultate des von uns unternommenen und nun beendeten Krieges.

Undem wir unsere geliebten treuen Unterthanen von der glücklichen Wiederherstellung des Friedens in Kenntniß setzen, sind wir überzeugt, daß sie ihre Gebete, dem Allerhöchsten zu danken, der Rußland neue Siege, neuen Ruhm und die Erkenntlichkeit der durch dasselbe befreiten christlichen Stämme geschenkt hat, mit den unsrigen vereinen.

Gegeben zu St. Petersburg am 3. Februar des Jahres eintausendacht-hundertneundundfiebzig nach Christi Geburt, unserer Regierung im vierund-zwanzigsten. Alexander.“

Berlin, 21. Febr. [Börse.] Auch heute eröffnete die Börse in fester Haltung, trotzdem aber constatirte die Gesammtpsychofonie schon von Beginn an gegen die angenehme Tendenz, welche an den vorhergegangenen Tagen sich im geschäftlichen Verkehr gezeigt hatte. Die Umsätze vollzogen sich mit einer gewissen Schwerfälligkeit und die anfänglich noch einigermaßen rege Kauflust verfiel mehr und mehr, die gestern und vorgestern eingetretenen Courserhöhungen wurden zu Realisationen benutzt, die nicht nur der Weiterbewegung der Notirungen entgegenstehen, sondern die auch für die Speculations-Papiere der verschiedensten Branchen einen Coursdruck im Gefolge hatten. Eine besonders matte Stimmung trat für österreichische Credit-Actien ein, als ein in Umlauf gesetztes Gerücht die zu erwartende Dividende der Credit-Anstalt auf nur 11½ fl. besetzte. Obgleich die Börse von der Unzuverlässigkeit derartigen Angaben vollständig überzeugt ist, so gewannen diese tendenziös ausgeprägten Gerüchte immerhin einen gewissen Einfluß, da man es von interessirter Seite nicht unterläßt, durch entsprechende speculative Operationen ihnen eine scheinbare Bedeutung zu geben. So nahm heut, da die Börse überhaupt nicht gerade günstig disponirt war, der gesammte Markt auf jenes Gerücht eine gedrückte und matte Haltung an. Oester. Creditactien gingen einige Mark im Course zurück, haben aber nicht ganz unbedeutende Umsätze aufzuweisen. Franzosen und besonders Lombarden blieben vernachlässigt. Die österreichischen Nebenbahnen trugen eine feste Psychofonie und zeichneten sich Aufstiegs-Teplitz und Dur-Bodenbach durch Festigkeit aus. Von den lokalen Speculationseffecten waren Disconto-Commandantentheile fest, Lauracactien dagegen schwach. Erstere notirten ult. 131,75—131,75, Lauracactien ult. 66,10—65,75. Sehr unbedeutend blieb der Verkehr in auswärtigen Staatsanleihen. Nur Italiener gingen zu höherem Course lebhaft um. Auch russische Werthe waren zu besserem Course begehrt, namentlich Orientanleihe. Procentige Anleihe pr. ultimo 85½—85½. Russische Noten belebte und steigend, pr. ultimo 197¼—199¼, pr. März 198¼—200—199¼ (Vorp. 200¼—202¼, Vorp. pr. April 203¼/2½). Preussische und andere deutsche Staatspapiere unbelebt. Kirchliche Looße begehrt. Eisenbahn-Prioritäten in guter Frage, von einheimischen waren die garantirten Papiere beliebt. Auf dem Eisenbahnactienmarkt konnte sich die Festigkeit der vorangegangenen Tage nicht ganz behaupten. Per ultimo wurden gehandelt: Bergische 78,25—10—80, Kölnische 105,25—10 eim. 50, Rheinische 107,75—50—75. Potsdamer, Anhalter, Stettiner und Hamburger anziehend. Halberstädter wenig fest. Thüringer alte ließen etwas nach. Ostpreussische Südbahn beliebt und steigend. Dresdener höher und begehrt. Nordhausen-Erfurt in regem Verkehr. Bank-Actien waren belebter und ertrugen sich recht fester Tendenz. Darmstädter Bank zog bei sehr lebhaftem Umsatz im Course an. Deutsche Bank steigend, Berliner Kassenderein erholte sich etwas, Braunschweiger Bank besser, ferner kamen Slesener Credit, Westfälische Bank, Baseler Bankverein, Sraer Creditbank, Königsberger Vereinsbank und Gothaer Grundcredit höher zur Notiz. Spielbagen stark gedrückt, ebenso Lübecker Commerzbant, Sraer Bank, Komm. Hypothekbank und Brüss. Bank waren billiger erhältlich. Industripapiere nicht unbelebt, theilweise in Folge von Realisationsverläufen gedrückt. Grätwel und Altrub. Brauerei besser. Säch. Webstuhl-Fabrik anziehend, Edert-Waich-Fabrik und Gell's Maschinen-Fabrik höher. Oberbayerische Eisenbahnbedarf war billiger erhältlich. Leopoldshall schwächer. Von Montanwerthen zogen Bergeluz, Rhein-Nassau, Menden-Schwerte, Bochumer A., Aachen-Höngen, Louie Tiefbau, Phönix A. wiederum in den Courfen an. Wechsel auf Petersburg besser, bei lebhafteren Umsätzen. Es scheint, daß man Himmeln nach Petersburg macht, um sich dort Guthaben zu verschaffen, die für die erwartete Anleihe Rußlands verwendet werden können.

Um 2½ Uhr: Sehr fest auf Deckungen. Credit 408,—, Lombarden 116,50, Franzosen 431,—, Reichsbant 153,40, Disco-Commandant 132,90, Laurahütte 66,—, Türken 12,60, Italiener 75,75, Oester. Goldrente 65,50, Ungarische Goldrente 73,10, Oester. Silberrente 55,—, do. Bavierrente 54,50, 5½ Russen 85,75, Köln-Windener 105,50, Rheinische 107,90, Bergische 78,40, Rumänen 28,10, Russische Noten 199,—, Orient —, Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterreich. Silberrent-Op. 173,20 bez., do. Eisenb.-Coup. 173,20 bez., do. Papier in Wien zahlb. min. 50 fl. l. Wien, American Gold-Dollar-Bonds 4,16 bez., do. Prioritäten 4,15 bez., do. Papier-Dollars 4,15 bez., 6½ New-York-City — bez., Russ. Central-Boden min. — fl. Paris, do. Bavier und berl. min. 75 fl. l. Pet., Poln. Papier u. berl. min. 75 fl. l. Warschau, Russ.-Engl. conf. berl. — bez., Russ. Zoll 20,54 bez., 22er Russen —, Große Russ. Staatsbahn —, bez., Russ. Boden-Credit — bez., Warschau-Wiener

